Umsteuern: Holen wir uns den Reichtum zurück

Beschluss der 2. Tagung des 8. Kreisparteitags am 24. Juni 2023

Reichtum und Armut in Deutschland nehmen zu. Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte gerade mal ein Prozent. Wer viel hat, kann sein Vermögen leicht vermehren, denn darauf werden kaum Steuern erhoben. Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Laut Grundgesetz stehen ihre Einnahmen den Bundesländern zu. Die erst im Dezember 2022 für die Jahre 2022/2023 eingeführten Übergewinnsteuer (EU-Energiekrisenbeitrag) war von Anfang auf Drängen der FDP an ein ungeliebtes Kind der Ampel-Regierung. Dem entsprechend wird es auch umgesetzt. Hier ist eine echte Übergewinnsteuer erforderlich. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr und mehrfach: Lohnsteuer kann man nicht hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Die Mehrwertsteuer trifft prozentual Menschen mit niedrigem Einkommen stärker. Hinzu kommt, dass dem privaten Reichtum eine verarmte öffentliche Infrastruktur gegenübersteht.

Systemische Probleme sind auch mit der Inflation überdeutlich geworden. DIE LINKE hat sie mit dem heißen Herbst zum Thema gemacht: Menschen mit niedrigen Einkommen sind besonders von den Preissteigerungen betroffen. Der Markt taugt nicht für eine verlässliche, geschweige denn gerechte Versorgung der Bevölkerung. Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand und muss dem Markt entzogen werden. Was für alle da ist, muss allen gehören und zum Wohle aller und nicht für den Profit der Wenigen organisiert werden. Die Ampel hat auf den gesellschaftlichen Druck reagiert, ihre Programme entlasten teilweise von den hohen Energiepreisen – gleichzeitig bedienen sie die überhöhten Preise auf dem Markt. Damit sichern sie auch hohe Profite für Wenige. Die Krisen sind selbst Treiber der sozialen Ungleichheit: Das Armutsrisiko steigt, die Reichen werden reicher. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten. Die enorme Anhäufung von Reichtum gefährdet unsere Existenz, unsere Demokratie, unser Zusammenleben und die Natur.

Die ungerechte Verteilung von Vermögen hat direkte und sichtbare Auswirkung auf Frankfurt (Oder): Mit 19.118 Euro war 2019 das nominale verfügbare Pro-Kopf Einkommen in unserer Stadt landesweit am niedrigsten. Bundesweit stand Frankfurt (Oder) damit an der siebtletzten Stelle aller Landkreise und kreisfreien Städte. Jedes fünfte Kind in Frankfurt ist arm oder von Armut bedroht. Die Tafel versorgte zu Weihnachten 2022 ca. 1.800 Menschen und beklagte Engpässe in der Versorgung. Sanierungen an Schulgebäuden, Sporthallen oder an unserer Schwimmhalle gelingen nur mit Mühe oder scheiterten gar bisher an fehlenden Haushaltsmitteln. Gleichzeitig befindet sich Frankfurt (Oder) im Haushaltssicherungskonzept. Am Ende des Jahres 2022 stand noch immer ein kumulierter Fehlbetrag in Höhe von 54,7 Mio. EUR, der nach Auflage des Landes im Zuge der Teilentschuldung bis 2030 abzubauen ist. Investitionen in die öffentliche Daseinsversorge, in soziale Aufgabenfelder, in die kommunale Energie- und Verkehrswende oder in eine nachhaltige regionale Wertschöpfung sind so nur schwer möglich. Umso wichtiger ist es, auf allen politischen Ebenen (EU, Bund, Land) den Spielraum für linke Kommunalpolitik zu erweitern. Dies bekräftigt den dringenden Bedarf an der Umverteilung des Reichtums, denn die Steuern, die Konzerne und Superreiche nicht zahlen müssen, fehlen den Kommunen, um die öffentliche Daseinsvorsorge und das öffentliche Leben zu stärken sowie niedrige Einkommen zu entlasten. Stattdessen werden 100 Mrd. Euro für Aufrüstung und Militarisierung verschwendet.

Mit der Kampagne „Umsteuern. Holen wir uns den Reichtum zurück!“ sucht der DIE LINKE die zugespitzte Auseinandersetzung mit der Finanz- und Sozialpolitik der Ampel-Regierung. Sie wird zur bundesweiten zentralen Kampagne unserer Partei. Als Ziel der Kampagne ist laut Beschluss: ‚Bis zur Bundestagswahl 2025 wird das Thema Umverteilung & ökonomische Ungleichheit als relevantes,

dringliches und veränderbares Problem wahrgenommen und ein wahlentscheidendes Konfliktfeld. DIE LINKE wird dabei als Akteur der Veränderung wahrgenommen.‘ Der Kampagnenslogan lautet ‚Umsteuern. Wir holen uns den Reichtum zurück!‘. Die Forderungen der Kampagne sind: Superreiche und Konzerne gerecht besteuern. Krisengewinne abschöpfen. Menschen entlasten.

Wir als Kreisverband Frankfurt (Oder) machen die Umverteilungskampagne zum Schwerpunkt unserer politischen Arbeit bis zum Bundestagswahlkampf 2025. Wir wollen damit als entschiedene Kraft für Umverteilung in Erscheinung treten. Mit der Kampagne knüpfen wir an vorhergehende Schwerpunkte an, denn die öffentliche Daseinsvorsorge in Frankfurt, wie bspw. das Klinikum oder die Stadtwerke sollten vollständig in öffentlicher Hand überführt werden und keinen Profitinteressen unterliegen. Die Schaffung lebenswerter öffentlicher Räume, eine positive Stadtentwicklung und notwendige Zukunftsinvestitionen in sozial gerechten Klimaschutz benötigen ebenfalls Finanzierungen. Das Land Brandenburg soll die Steuereinnahmen aus einer wiedereingeführten Vermögenssteuer an die Kommunen weitergeben. Mit finanziellen Mitteln aus der Umverteilung von Reichtum könnte die Stadt an vielen entscheidenden Stellen Entlastungen für niedrige Einkommen durchsetzen, Armut in Frankfurt zurückdrängen und Investitionen in die Zukunft ermöglichen.

Damit untersetzen wir den auf der 1. Tagung des 8. Kreisparteitags am 07. Mai 2022 beschlossenen Leitantrag „DIE LINKE. Frankfurt (Oder) wieder zukunftsfähig“. Die Umverteilungskampagne wird ein Baustein für die Umsetzung unserer, mit dem Leitantrag beschlossenen Hauptaufgabe. Diese besteht darin, vor Ort zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.

Mit der Umsetzung dieser Hauptaufgabe will unser Kreisverband den seit 2008/2009 stetig zurückgehenden Rückhalt der Partei DIE LINKE in der Frankfurter Stadtgesellschaft entgegenwirken. Dazu müssen wir unseren potenziellen Wähler*innen den Gebrauchswert der LINKEN als lokal verankerte Kümmererpartei, als in gesellschaftliche Diskurse wirksam eingreifende Partei und als wirkungsvolle Kraft in den Parlamenten sowie in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung unter Beweis stellen (die drei Funktionen).

Die Kampagne gliedert sich vor Ort in die Phasen:

- Phase 1 – Vorbereitung der Kampagne (bis etwa Mitte August 2023)
- Phase 2 – Die Kampagne als Schwerpunkt der politischen Arbeit des Kreisverbandes (bis etwa Anfang April 2024)
- Phase 3 – Die Kampagne als Teil der Wahlkämpfe (bis 22. September 2024)
- Phase 4 – Die Kampagne als Schwerpunkt der politischen Arbeit des Kreisverbandes (bis etwa März 2025)
- Phase 5 – Die Kampagne als Teil des Bundestagswahlkampfes 2025 (bis zur Wahl).

Auf der Basis der oben genannten drei Funktionen besteht unsere Umverteilungskampagne aus drei Vorhaben:

1. Übersetzung der zentralen Kampagnenmotive in lokale Konflikte und Aktivitäten. D.h., vor Ort konkrete Forderungen aufstellen, die möglichst einen direkten Gebrauchswert bezogen auf die Alltagssorgen unserer potenziellen Wähler*innen haben.
2. Wir beteiligen uns öffentlichkeitswirksam als Kreisverband an relevanten zentralen Aktionen der Partei mit Aktivitäten in Frankfurt (Oder), um das Thema „Umverteilung & ökonomische Ungleichheit“ in den gesellschaftlichen Diskurs vor Ort einzubringen, dem Kulturkampf von Konservativen und Rechten (Montagsdemo der Frankfurter Freigeister) eine Orientierung für

Gleichheit entgegen setzen um die öffentliche Auseinandersetzung mit der Ampel-Regierung in Frankfurt (Oder) nach links zu verschieben.

3. Gemeinsam mit den drei Wahlkreisbüros (Helmut Scholz – EU-Parlament, Christian Görke – Bundestag, Bettine Fortunato – Landtag) und unserer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung machen wir den potenziellen Wähler*innen der LINKEN das Wirken unserer Fraktionen deutlich.

Eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung dieser drei Vorhaben ist, dass sich möglichst viele von uns daran beteiligen.

In der Partei DIE LINKE wird seit einigen Jahren zunehmend Transformatives Organizing angewendet, um die Partei besser in der Gesellschaft zu verankern, die Basis für die politische Arbeit zu vergrößern, bei Wahlen wieder erfolgreicher zu werden. Transformatives Organizing ist eine Art Werkzeugkasten, u.a. für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Kampagnen, bei dessen Anwendung die sozialistische Perspektive im Blick behalten wird. Für DIE LINKE also das Ziel: „eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können“ – der demokratische Sozialismus (Parteiprogramm).

Wir werden transformatives Organizing nutzen, um

- unsere gesellschaftliche sowie gewerkschaftliche Verankerung vor Ort zu stärken,
- möglichst viele Mitglieder in die Vorbereitung und Durchführung der Kampagne einzubeziehen und damit unsere lokalen Parteistrukturen zu stärken und
- unter unseren Sympathisant*innen Unterstützer*innen unserer politischen Arbeit sowie neue Mitglieder zu gewinnen.

Das aktive Mitmachen bei der Kampagne über Steckaktionen hinaus (etwa am Infostand, für Gespräche mit Nachbar, Freunde, in der Familie oder gar bei Haustürgesprächen) erfordert ein solides Basiswissen. Dieses soll mit politischen Bildungsangeboten verschiedenen Formats vermittelt werden. Die Umverteilungskampagne wird dazu genutzt, die politische Bildung in unserem Kreisverband zu reaktivieren.

Der Kreisparteitag erteilt dem Kampagnenkernteam, das sich am 06. Juni 2023 konstituiert hat, das Mandat, den Prozess der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Umverteilungskampagne zu organisieren und zu steuern. Die politische Führung der Kampagne obliegt dem Kreisvorstand. Er wird beauftragt, auf den Tagungen des 8. und des 9. Kreisparteitags über den Stand der Umsetzung der Kampagne zu berichten. Eine abschließende Bewertung der Kampagne erfolgt auf einer Kreisparteitagtagung zeitnah nach der Bundestagswahl 2025.